



Niederschrift 39. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 16.03.2023
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:15 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Timo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Leon Troche	SPD	bis 17:30 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 16:35 Uhr
Herr Matthias Kaiser	CDU	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	Vertretung für: Frau Annina Beck DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	
Frau Madeleine Floiger	Freie Demokraten	bis 18:00 Uhr
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Anke Dreier-Horning	SPD
Frau Grit Schkölziger	SPD
Herr René Kulke	DIE aNDERE
Herr Robert Müller	anerkannte freie Träger

beratende Mitglieder

Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter	ab 16:55 Uhr
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	bis 21:00 Uhr

Fach-/Bereichsleitende

Herr Robert Pfeiffer Fachbereichsleitung 23

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
16.02.2023 und vom 15.12.2022
- 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 4 Austausch mit dem Oberbürgermeister
- 5 Informationen des Jugendamtes
- 5.1 Kita-Portal
- 5.2 Information zur Neuauflage Kita-Broschüre
- 5.3 Information zur Elternbeitragsordnung
- 5.4 Erstellung der Vorschlagsliste Jugendschöffenamt - Vorbefassung
- 5.5 Positionspapier Kinderfreundliche Kommune
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Anträge
- 8.1 Ausbau Schulsozialarbeit
Vorlage: 23/SVV/0256

- Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- 8.2 Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“
- 8.3 Stärken vor Ort
- 8.4 Konzept frühe Hilfen
- 8.5 erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1 Evaluationsbericht Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der LHP
Vorlage: 23/SVV/0061
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 9.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024
Vorlage: 23/SVV/0219
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1
- 9.3 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)
Vorlage: 22/SVV/0714
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
- 9.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2023
Vorlage: 23/SVV/0201
Oberbürgermeister, GB 1, Kommunaler Immobilien Service
- 9.5 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek
Vorlage: 22/SVV/1265
Fraktion DIE aNDERE
- 9.6 Einrichtung Familienbüro
Vorlage: 23/SVV/0002
Fraktion DIE aNDERE
- 9.7 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen
Vorlage: 22/SVV/0795
Fraktion DIE aNDERE
- 9.8 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss
Vorlage: 22/SVV/1218
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Reimann eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.02.2023 und vom 15.12.2022

Herr Reimann bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorbereitung der Haushaltsklausur am 03.03.2023 im Bürgerhaus am Schlaatz. Das Protokoll werde zeitnah den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Reimann begrüßt den Oberbürgermeister und Bedankt sich für seine Teilnahme am Jugendhilfeausschuss.

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er schlägt folgende Änderungen zur Tagesordnung vor:

Bis TOP 4 „Austausch mit dem Oberbürgermeister“ bleibt die Reihenfolge bestehen. Anschließend folgt nach einer kurzen Pause der Nichtöffentliche Teil. Der Tagesordnungspunkt 9.8 wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4 behandelt. Dann folgt TOP 5 „Information des Jugendamtes“, anschließend die Haushaltsdebatte (inklusive TOP 8) mit allen Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Bericht des Unterausschusses und der AGs nach § 78 (TOP 6) wird dem Protokoll beigefügt.

Unter TOP Sonstiges wird der Offene Brief an das Ministerium für Bildung und Sport behandelt.

Gegen die Änderung der Tagesordnung gibt es keine Einwände. Diese wird einstimmig **angenommen.**

Herr Reimann stellt die Niederschrift vom 16.02.2023 zur Abstimmung. Gegen die Niederschrift vom 16.02.2023 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird einstimmig **angenommen.**

Abschließend bittet er Frau Frenkler, die Änderungen zur Niederschrift vom 15.12.2022 einzubringen.

Da die Änderungen nicht allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden konnten und die Darstellung technisch nicht sichergestellt werden konnte, wird der Änderungsvorschlag von Frau Frenkler dem Protokoll beigefügt. Man verständigt sich darauf, über diese Niederschrift am 27.04.2023 zu befinden. Dieser Vorschlag wird bei 2 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 4. Vorstellung Gutachten Elternbeitragsordnung

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass es das Ziel sei, dass die Ergebnisse aus

anderen Ausschüssen hier mit einfließen.

Frau Aubel führt aus, dass die Berichterstattung aufgrund der Veröffentlichung im Ratsinformationssystem erfolgt worden wäre. Es wäre das bewusste Ziel der Verwaltung gewesen, dies öffentlich zu machen. Im Nachgang aller Abstimmungen wäre die Befassung im Jugendhilfeausschuss geplant gewesen. Sie zitiert aus der dienstlichen Anweisung des Oberbürgermeisters zum Prüfauftrag gemäß § 101 Absatz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wie folgt:

„Ich weise mit sofortiger Wirkung an, dass

- 1) der CISO mit der Unterstützung des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen dieses Prüfauftrages betraut wird.*
- 2) sämtliche Unterlagen und elektronischen Dateien, die im Zusammenhang mit der Erstellung der Kalkulation der Elternbeiträge im Zeitraum 2013-18 erstellt wurden, von der Löschung bzw. sonstigen Vernichtung bis auf weiteres ausgenommen sind und zum Zwecke der weiteren Prüfung vorzuhalten sind.*
- 3) die Unterlagen im Sinne Ziff. 2 der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes auf Verlangen auszuhändigen bzw. zugänglich zu machen sind.*
- 4) Fragen im Zusammenhang mit der Aufklärung des Sachverhalts vollumfänglich und unverzüglich beantwortet werden.*
- 5) der FB 23 in Auswertung des Gutachtens einen Maßnahmenkatalog formuliert, um die im Gutachten aufgezeigten organisatorischen Mängel künftig zu vermeiden.*
- 6) der FB 53 das Gutachten dahingehend auswertet, ob sich daraus erforderliche organisatorische Maßnahmen für die Gesamtverwaltung ableiten lassen.“*

Herr Reimann führt aus, dass viele den Bericht der Presse entnommen hätten. Der Rechnungsprüfungsausschuss würde in der Regel nicht öffentlich tagen.

Herr Wagner und Herr Maßalski vom Institut für Public Management berichten mit Hilfe einer Präsentation über das Gutachten zur Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge 2015 bis 07/2018 (siehe Anlage 1).

Frau Dr. Müller verweist in diesem Zusammenhang auf ein Durcheinander zwischen Verwaltungshandeln und politischen Vorgaben. Sie möchte wissen, ob eine chronologische oder eine getrennte Betrachtung erfolgte. Herr Otto möchte wissen, ob es Fachbereichskonferenzen mit den Abteilungsleitenden und entsprechende Kontrollpflichten gibt. Frau Aubel führt aus, dass es keine Dokumentation zu den Kontrollen gebe. Sie macht deutlich, dass man darauf vertrauen müsse, dass die Fachverwaltung die Gesetze richtig liest. Herr Pfeiffer ergänzt, dass ein Kommunikations- und Kooperationskalender entwickelt worden wäre. Die Bereichsleitenden des Fachbereiches Bildung, Jugend und Sport

würden jede Woche einmal mit der Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Sport sprechen. Die Arbeitsaufträge würden gezielt über die Hierarchien gestellt werden. Frau Aubel stellt klar, dass sich die damaligen Mechanismen ihrer Kenntnis entziehen, da sie in dem im Bericht benannten Zeitraum noch nicht in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam tätig war. Herr Maßalski vom Institut für Public Management gibt bekannt, dass es kaum eine schriftliche Dokumentation zur Kalkulation gegeben hätte.

Frau Dr. Müller fragt nach **dem Zusammenhang mit** der Haushaltslage. Herr Maßalski vom Institut für Public Management (**IPM**) führt aus, dass das **IPM** chronologisch vorgegangen wäre. ~~Entsprechende Beratungen hätten in den Ausschüssen und mit dem AWO Bezirksverband Potsdam e.V. stattgefunden.~~ Frau Aubel **erklärt gänzt**, dass es zu einem Ergebnis **des Gutachtens** gekommen ~~wäre~~ **ist**, das nicht mit dem geltenden Recht konform war. Sie macht deutlich, dass es nicht möglich sei, gesetzliche Vorgaben **zu missachten so zu ändern**, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen. Herr Maßalski macht darauf aufmerksam, dass es **zum Zeitpunkt der Berechnung der Beiträge** ein Zukunftsprogramm und **daraus** den politischen Willen der **Anhebung passung** der Höchstbeiträge gegeben hätte.

Herr Kaiser fragt nach einer Auflistung, mit wem die Interviews durchgeführt worden sind. Herr Maßalski führt aus, dass nur Positionen aufgelistet worden wären. Es sei nicht geplant, personenbezogene Daten ~~im öffentlichen Teil~~ zu veröffentlichen.

Herr Ströber macht darauf aufmerksam, dass Aussagen von Mitarbeitenden im Controlling und von Führungskräften nicht enthalten seien. Frau Aubel bittet zu bedenken, wem dies bewusst genutzt hätte. Herr Reimann gibt bekannt, dass es auch noch einmal eine zweite Lesung geben wird.

Herr Otto fragt nach der Schlussfolgerung. Frau Aubel führt aus, dass in der Beratungsfolge der Hauptausschuss wohl formal der letzte Ausschuss sei. **Der Jugendhilfeausschuss wird sich nach den Ergebnissen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss und aus dem Hauptausschuss abschließend mit dem Gutachten befassen und Schlussfolgerungen beraten.**

Frau Dr. Müller fragt nach dem Grad der Verbindlichkeit. Sie macht deutlich, dass man Eckpunkte festmachen müsse, die man kontrollieren kann. Frau Frenkler macht darauf aufmerksam, dass es in der Landeshauptstadt Potsdam viele freie Träger und daher **unterschiedlichste und ungerechte einen geringen Höchstsätze bzw. Elternbeitragsordnungen** geben würde. Sie betont, dass es **weiter** das Ziel sein müsse, **schnellstmöglich** eine einheitliche Elternbeitragsordnung herbeizuführen.

Herr Ströber **fragt nach dem Gutachten und der IPM Präsentation in Schriftform** ~~etwas Schriftlichem~~. Herr Reimann antwortet, dass das Gutachten nun im Internet zu finden sei. Alle Ausschussmitglieder seien angehalten, sich damit zu befassen.

Herr Maßalski vom Institut für Public Management betont, dass die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung kooperativ gewesen wären.

Herr Reimann bittet darum, Fachfragen an das Jugendamt zu richten.

zu 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Frau Buhr verweist auf eine Einladung zum Jugendtalk zum kostenlosen ÖPNV-Ticket am 20.03.2023.

Frau Schkölziger betont, dass es dem Kreisschülerrat besonders wichtig sei, dass der Oberbürgermeister das Positionspapier zur Kinderfreundlichen Kommune unterschreibt.

zu 4 Austausch mit dem Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister bietet den Ausschussmitgliedern an, einmal jährlich einen Austausch in dieser Form im Jugendhilfeausschuss durchzuführen. Dieses Angebot wird dankend angenommen.

1) Besetzung Geschäftsbereichsleitung GB 2

Der Oberbürgermeister verweist auf das bereits in der Presse diskutierte Verfahren zur Personalbesetzung. Er macht deutlich, dass die Verletzung der Persönlichkeitsrechte zukünftig vermieden werden müssen, um so Besetzungsverfahren nicht zu gefährden. Er beschreibt den Ablauf des Bewerbungsverfahrens und hofft, dass in der Stadtverordnetenversammlung im Mai ein positiver Entschluss gefasst werden könne. Sollte dies nicht möglich sein, werde erst frühestens Ende dieses Jahres ein neuer Besetzungsvorschlag unterbreitet werden können.

2) Vertretungsregelung GB 2

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass derzeit Frau Meier (Geschäftsbereich 3) die formale Vertretung wahrnehme. Frau Dr. Seemann (FBL Kultur) nehme die Vertretung nach innen wahr. Regelmäßig gebe es Absprache zwischen Frau Meier, Frau Dr. Seemann, Herrn Pfeiffer und dem Oberbürgermeister. Ferner vertritt Frau Dr. Seemann den GB 2 in der Beigeordnetenkonferenz, Herr Pfeiffer vertritt die Belangen des FB 23 selbst.

3) Gutachten Elternbeitragsordnung (EBO)

Der Oberbürgermeister führt noch einmal zum Prüfauftrag aus. Ferner betont er, dass bezüglich der verschwundenen E-Mail der Zeitraum klar eingrenzen werden konnte. Das betroffene Postfach wurde ordnungsgemäß freigegeben. Um zukünftig möglichen Datenverlusten entgegenzuwirken, werde man die Dienstanweisung entsprechend anpassen, um so eine regelhafte Aktenführung zu gewährleisten. Bei diesem Prozess werden man die entsprechenden Ausschüsse einbinden, um so die Transparenz zu gewähren. Ein

Qualitätsmanagement werde etabliert.

Herr Reimann bringt die Stellungnahme zur EBO ein (siehe Tagesordnungspunkt 9.8).

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich über mögliche Änderungswünsche und Ergänzungen.

Punkt 3 der Stellungnahme soll wie folgt geändert bzw. geteilt werden:

Bei allen zukünftig zu erstellenden Beitragsatzung/ -ordnungen ist durch ein entsprechendes Verfahren sicherzustellen, dass die gesetzlichen Bedingungen sowie ggf. kommunal beschlossene Kriterien eingehalten werden. Haushalterische Vorgaben dürfen nur bei Einhaltung dieser gesetzlichen Vorgaben in den Erstellungsprozess einfließen.

Die SVV könnte als kommunale Vorgabe den politischen Beschluss fassen, dass die Höchstbeiträge geringer ausfallen, als berechnet wurde. Das hätte Auswirkungen auf den Haushalt. Andere Möglichkeiten gibt es nicht.

Herr Reimann stellt diese Änderung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 4 Gegenstimmung und diverser Enthaltungen wird der Änderungsvorschlag **abgelehnt.**

Herr Reimann stellt die ursprüngliche Fassung der Stellungnahme zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich, diesen Vorschlag als Mitteilungsvorlage in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Die Federführung obliegt Herrn Reimann.

4) Rufbereitschaft

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass aktuell die Rufbereitschaft durch 3 Mitarbeitende wahrgenommen wird, 3 weitere Stellen sind in Planung.

Herr Pfeiffer ergänzt, dass die Dienstanweisung zur Rufbereitschaft gemeinsam mit dem Personalrat und dem betreffenden Bereich erarbeitet wird. Bevor diese abgeschlossen wird, werde sie dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben.

5) Organisationsuntersuchung

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass es mehrere Gutachten, verschiedener Unternehmen zu unterschiedlichen Stadien der Entwicklungen

innerhalb des Geschäftsbereiches 2 bzw. der betreffenden Fachbereiche (Bildung und Sport / Jugendamt) gegeben habe. Nun müssen diese Gutachten evaluiert werden. Anschließend werde man den Jugendhilfeausschuss berichten.

In der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass mit unterschiedlichen Erwartungsvorstellungen herangegangen wurde. Die Ausschussmitglieder sehen die eigentlichen Probleme der freien Träger nicht berücksichtigt.

Herr Pfeiffer weist darauf hin, dass aufgrund eines Beraterwechsels, die Unterlagen der Firma Kienbaum noch übermittelt werden sollen. Dem Jugendhilfeausschuss werde man am 27.04.2023 ein Ergebnis vorstellen.

Ferner bittet der Oberbürgermeister den Jugendhilfeausschuss darum, die Erwartungen bzw. offenen Vorgaben zusammenzustellen. Das Gutachten der Firma Con_sens werde er der Niederschrift beifügen.

In der sich anschließenden Debatte verständigt man sich darauf, sobald das Kienbaumgutachten vorliegt, eine Schwerpunktsitzung des Jugendhilfeausschusses zu diesem Thema anzuberaumen.

6) Positionspapier Kinderfreundliche Kommune

Der Oberbürgermeister betont, dass er keine Symbolpolitik ausführe. Die im Positionspapier enthaltenen Forderungen, setzen einen Beschluss der Stadtverordneten voraus. Er sei unterstütze den Vorschlag zur Unterzeichnung, jedoch müsse aufgrund der Forderungen aus dem Positionspapier, das Haushaltsaufstellungsverfahren modifiziert werden.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zur Formalie. Alle Mitglieder und der Oberbürgermeister unterstützen die Forderungen des Positionspapiers zur Kinderfreundlichen Kommune. Die Belange der Kinder und Jugendlichen müssen vor dem Haushalt stehen.

Herr Reimann stellt diesen Beschluss, welcher zur Stadtverordnetenversammlung im Mai 2023 eingebracht werden soll, zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wir gebeten, das Positionspapier der kinderfreundlichen Kommune zu unterzeichnen und den im Positionspapier geforderten Vorgang des Kindeswohls bei der Haushaltsaufstellung anhand der Handlungsempfehlungen für die Berücksichtigung des Kindeswohlprinzips in kommunalen Haushaltsaufstellungsverfahren umzusetzen.

Dazu sollen Handlungsempfehlungen für die Berücksichtigung des Kindeswohlprinzips im kommunalen Haushaltsaufstellungsverfahren erarbeitet werden und ab dem Haushaltsverfahren 2025/2026 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Pause von 18:00 Uhr – 18:10 Uhr. Anschließend folgt der nicht öffentliche Teil der Sitzung.

zu 5 Informationen des Jugendamtes

zu 5.1 Kita-Portal

Herr Pfeiffer stellt anhand einer Präsentation (Anlage), den aktuellen Stand zum Projekt Kita-Portal vor. Zur zeitlichen Planung merkt er an, dass der Vergabevorbereitungsprozess Ende Februar 2023 abgeschlossen sei. Derzeit läuft die Durchführung des Vergabeverfahrens. Ziel soll es sein, bis spätestens Mitte September 2023 eine vertragliche Vereinbarung mit einem Anbieter abgeschlossen zu haben. Hierbei wird der Jugendhilfeausschuss beteiligt. Zum Start des neuen Kitajahres soll am August 2024 das Kita-Portal in Betrieb genommen werden.

zu 5.2 Information zur Neuauflage Kita-Broschüre

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht behandelt.

zu 5.3 Information zur Elternbeitragsordnung

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht behandelt.

zu 5.4 Erstellung der Vorschlagsliste Jugendschöffenamt - Vorbefassung

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht behandelt.

Die Unterlagen zur Ankündigung der Erstellung der Vorschlagslisten, die Pressemitteilung, der Ausschreibungstext nebst Bewerbungsvordruck und das Grundgerüst der Beschlussvorlage werden dem Protokoll beigefügt (siehe Anlage).

zu 5.5 Positionspapier Kinderfreundliche Kommune

Siehe Tagesordnungspunkt 4 „Austausch mit dem Oberbürgermeister“

zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht behandelt.

UA JHP

Herr Ströber gibt zu Protokoll, dass der UA JHP zuletzt am 09.03.2023 getagt

hat. Zur Neuplanung für Geflüchtete im Kontext der Jugendhilfe-Ressourcen, gibt es die Prognose, dass 1.400 Menschen in Potsdam aufgenommen werden müssen, welche aus 42 Ländern stammen. Bei den unter 18-Jährigen gilt es, die Beschulung und den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz sicherzustellen. Dabei werden bereits belastete Planungsräume mit zusätzlichen Unterbringungsfragen konfrontiert. Bei der Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen AusländerInnen (umA) sollte vermieden werden, diese in Gemeinschaftsunterkünfte unter zu bringen. Zurzeit gibt es 92 Plätze in der Überversorgung. Ein Abstimmungsgremium zur Bestimmung von Jugendarbeitskapazitäten solle genutzt werden. Man stehe vor der Fragestellung, ob es sich bei diesen Herausforderungen, um einen unvorhergesehenen Bedarf handle. Aufgrund der zunehmenden Kulturvielfalt müssen Dolmetscher beantragt werden. Zudem müsse geklärt werden, inwiefern das Land für die Kosten aufkomme und welche konkreten Vereinfachungsschritte angegangen werden können, welche ressortübergreifend wirken. Man werde im Jugendhilfeausschuss am 16.03.2023 mit dem Oberbürgermeister in einen Dialog treten, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Belastungen sind momentan multipel, auch in der Verwaltung.

Zur quantitativen Erweiterung der Schulsozialarbeit werde aufgrund der Initiative der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe ein Beschluss durch den Jugendhilfeausschuss hergeführt werden. Hierzu soll es einen haushaltsbegleitenden Beschluss geben [siehe dazu Tagesordnungspunkt 8.1].

Die nächste Sitzung des Unterausschusses ist für den 20.04.2023 in digitaler Form geplant.

AG Jugendförderung

Frau Tietz gibt zu Protokoll, dass die AG Jugendförderung zuletzt am 16.03.2023 getagt hat.

Herr Pfeiffer war in der AG zum Thema Haushalt ansprechbar und informierte über die aktuelle Haushaltsdiskussion. Es gab u.a. eine Diskussion über die Themen der Unterdeckung im Bereich der Jugendförderung. Hier war auffällig, dass die Inflation mit nur 3% berechnet wurde, die AG Jugendförderung sieht das eher bei 8%. Auch über die Frage nach Tarifierhöhungen wird mit großer Sorge gesehen. Es wird gehofft, dass das Jugendamt in der Zukunft Deckungsquellen für diese Kosten finden wird, da diese Kosten mit hoher Wahrscheinlichkeit bei den Einrichtungen entstehen werden und ausgeglichen werden müssen.

Aufholen nach Corona-Mittel sind in diesem Jahr weniger und werden genutzt, um Finanzierungen in den langjährig bestehenden Projekten zu decken, was in der Runde zu Diskussionen und fachlicher Sorge geführt hat.

Die AG hat traurig zur Kenntnis genommen, dass Frau Borg als eine der Sprecherin die AG Jugendförderung verlassen wird.

zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht behandelt.

Es liegt kein Bericht vor.

zu 8 Anträge

zu 8.1 Ausbau Schulsozialarbeit

Vorlage: 23/SVV/0256

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Ströber bringt den haushaltsbegleitenden Ergänzungsantrag für den UA JHP ein. In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zu Änderungsvorschlägen und der Deckungsquelle. Frau Müller schlägt als Deckungsquelle die nicht besetzten Stellen im Stellenplan vor.

Herr Reimann stellt folgende Änderung zum Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

2. **Nach Ausstattung aller staatlichen Schulen mit Schulsozialarbeit werden ab** ~~Ab~~ dem Schuljahr 2024/2025 ~~werden~~ schrittweise alle Schülerinnen und Schüler an Potsdamer Schulen in freier Trägerschaft auf Antrag mit Schulsozialarbeit versorgt. Dabei werden Prüf- und Entscheidungskriterien in der jeweils gültigen Fassung zugrunde gelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

Herr Reimann stellt die Deckungsquelle zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann lässt den geänderten Ergänzungsantrag abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

In Fortsetzung der beiden SVV-Beschlüsse zur Schulsozialarbeit aus dem Jahre 2013 sowie zur Weiterentwicklung des 2015 beschlossenen Gesamtkonzeptes Schule - Jugendhilfe wird die Verwaltung beauftragt, den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit wie folgt umzusetzen:

1. Alle staatlichen Schulen, die die Landeshauptstadt Potsdam gemäß Schulentwicklungsplanung errichtet und ausstattet, erhalten mit Unterrichtsaufnahme eine Fachkraft entsprechend Handlungskonzept Schulsozialarbeit.
2. **Nach Ausstattung aller staatlichen Schulen mit Schulsozialarbeit werden ab** ~~Ab~~ dem Schuljahr 2024/2025 ~~werden~~ schrittweise alle Schülerinnen und Schüler an Potsdamer Schulen in freier Trägerschaft auf Antrag mit Schulsozialarbeit versorgt. Dabei werden

Prüf- und Entscheidungskriterien in der jeweils gültigen Fassung zugrunde gelegt.

3. Die Lenkungsgruppe Schule - Jugendhilfe begleitet die Umsetzung fachlich und entwickelt neue Kriterien, wenn dies für die bedarfsgerechte Umsetzung der Punkte 1 und 2 sowie für Sonderbedarfe erforderlich wird.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

zu 8.2 Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“

Herr Ströber bringt den haushaltsbegleitenden Ergänzungsantrag ein.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zur Deckungsquelle. Frau Müller schlägt als Deckungsquelle die nicht besetzten Stellen im Stellenplan vor.

Herr Reimann stellt die Deckungsquelle zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann lässt den so geänderten Ergänzungsantrag (siehe Anlage) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 8.3 Stärken vor Ort

Herr Reimann bringt den haushaltsbegleitenden Ergänzungsantrag ein.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zu Änderungsvorschlägen und zur Deckungsquelle. Es wird als Deckungsquelle die nicht besetzten Stellen im Stellenplan vorgeschlagen.

Herr Reimann stellt folgende Änderung zum Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Die Stadt Potsdam stellt im Zeitraum von 2023 bis 2027 **zusätzlich** jährlich **70.000** ca. 130.000 € zur Verfügung, um die Kofinanzierung des ESF-Projekts JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST BEst) zu gewährleisten. **Damit** Darüber hinaus wird eine Kooperationsstelle beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe (FB 23) geschaffen, um den Fördervoraussetzungen gerecht zu werden. Die Finanzierung und Schaffung der Kooperationsstelle werden in den städtischen Haushalt aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

Herr Reimann stellt die Deckungsquelle zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann lässt den geänderten Ergänzungsantrag (siehe Anlage) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

Es ist 20:07 Uhr. Herr Reimann schlägt vor, die restlichen Änderungsanträge zum Haushalt zu behandeln und anschließend den Tagesordnungspunkt 9.4.

Frau Schkölziger verweist, dass die Tischvorlage (TOP 10) im Juni zur gemeinsamen Sitzung behandelt werden könne. Herr Ströber und Herr Witzsche sprechen sich dagegen aus, dies sei zu spät.

Herr Reimann schlägt vor, nach der Pause, die restlichen Anträge und Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln und abschließend den Offenen Brief. Die Berichte aus den AGs werden dem Protokoll beigefügt.

PAUSE 20:10 Uhr – 20:20 Uhr

zu 8.4 Konzept frühe Hilfen

Herr Reimann bringt den haushaltsbegleitenden Ergänzungsantrag ein.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zu Änderungsvorschlägen und zur Deckungsquelle. Es wird als Deckungsquelle die nicht besetzten Stellen im Stellenplan vorgeschlagen.

Herr Reimann bittet, folgende Änderung zum Ergänzungsantrag aufzunehmen.

Finanzierungsvorschlag:

	Kosten
Jahr 2023	60.000€
Jahr 2024	60.000€
Gesamt	120.000€
Gesamt:	130.000€

Herr Reimann stellt die Deckungsquelle zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann lässt den geänderten Ergänzungsantrag (siehe Anlage) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 8.5 erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Herr Reimann bringt den haushaltsbegleitenden Ergänzungsantrag ein.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich zur Deckungsquelle. Es wird als Deckungsquelle die nicht besetzten Stellen im Stellenplan vorgeschlagen.

Herr Reimann stellt die Deckungsquelle zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Herr Reimann lässt den geänderten Ergänzungsantrag (siehe Anlage) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**

zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 9.1 Evaluationsbericht Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Frauen und besonders Schutzbedürftiger vor Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete der LHP

Vorlage: 23/SVV/0061

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Die Drucksache wird bis zum 27.04.2023 **zurückgestellt.**

zu 9.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Vorlage: 23/SVV/0219

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1

Herr Pfeiffer verweist auf die Jugendhilfeklausur vom 03.03.2023 (Präsentation im Anhang).

Der Oberbürgermeister merkt an, dass mit der Planstufe 2 - Stand März 2022 – der Haushalt mit ca. 100 MIO EUR überzeichnet wurde und somit nicht genehmigungspflichtig sei. Daher gab es den Auftrag an alle Geschäftsbereiche, Prioritäten zu setzen (pflichtig, pflichtig dem Grunde nach, freiwillig, Aufträge aus der Stadtverordnetenversammlung). Wenn der Haushalt nicht genehmigungspflichtig sei, dann werde es keine Freigabe durch die Kommunalaufsicht geben.

Er macht nochmal deutlich, dass es ggf. dazu käme, innerhalb des

Geschäftsbereiches Kürzungen vorzunehmen, bzw. geschäftsübergreifende Debatten zu führen.

Herr Pfeiffer weist darauf hin, dass es aufgrund der Inflationsrate eine unterjährige Risikosteuerung gäbe. Hier werden regelmäßig Trendberechnungen durchgeführt und Prüfungen innerhalb der Verwaltung bezüglich außerplanmäßiger Anträge vorgenommen.

In der sich anschließenden Diskussion wird nochmal auf das Positionspapier Kinderfreundliche Kommune und den daraus resultierenden Änderungen am Haushaltsaufstellungsverfahren eingegangen. Die Investitionen jetzt in die Kinder und Jugendlichen, würden präventive Maßnahmen von morgen deutlich reduzieren. Kinder und Jugendliche hätten aufgrund der Corona-Pandemie deutlich zurückstecken müssen. Die Folgen in den Familien sind sichtbar.

Ferner wird in der Diskussion deutlich, dass die Summe aller Beschlüsse durch die Stadtverordneten höher ist, als das Budget der Verwaltung. Man müsse zuerst die Finanzierung durch die Verwaltung prüfen lassen, bevor Beschlüsse gefasst werden, um anschließend hitzige Haushaltsdebatte zu vermeiden.

Sollte eine Votierung zu Gunsten des Positionspapieres durch die Stadtverordnetenversammlung ausfallen, müsse sich der Haushalt Priorität an den Kindern und Jugendlichen orientieren, gefolgt von den anderen Belangen der Stadt.

zu 9.3 Eckwertebeschluss für die Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2023/2024 (inklusive mittelfristiger Finanzplanung 2025 – 2027)

Vorlage: 22/SVV/0714

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling

Der Eckwertebeschluss wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2023

Vorlage: 23/SVV/0201

Oberbürgermeister, GB 1, Kommunaler Immobilien Service

Herr Schnitzler stellt die wichtigsten Belangen für den Jugendhilfeausschuss anhand einer Präsentation (siehe Anlage) vor. Das Gesamtvolumen sei u.a. auch aufgrund verzögerter Bauprojekte gestiegen bzw. durch höhere Investitionskosten.

Ferner berichtet Herr Schnitzler, dass die Stadt Potsdam in 2025 einen Teil des Schulhofes in der Grundschule Haeckelstraße öffnen wird. Weitere Öffnungen seien in Planung.

Man verständigt sich, dass Thema Update Öffnung Schulhöfe in der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport im Juni zu behandeln.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt

zu beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

zu 9.5 Sonntagsöffnung der Stadt- und Landesbibliothek

Vorlage: 22/SVV/1265

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kulke bitten um ein starkes Signal des Ausschusses, um für die Öffnung der Bibliothek auch am Sonntag, zu votieren.

Herr Reimann stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Jahr 2024 zusätzliche Sonntagsöffnungszeiten der Stadt- und Landesbibliothek nach dem in der Mitteilungsvorlage 22/SVV/1066 vorgeschlagenen Modell „Sonntagsöffnung mit einer Veranstaltungsagentur und mit Wachschatz“ zu organisieren.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr sind zusätzlich in den Haushalt des Geschäftsbereiches 2 einzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im Mai 2023 über den Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 9.6 Einrichtung Familienbüro

Vorlage: 23/SVV/0002

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kulke bringt den Antrag für die Fraktion DIE aNDERE ein. Bislang sei kein konkreter Zeitpunkt für die Einrichtung geplant.

In der sich anschließenden Diskussion wird besonders hervorgehoben, dass man einen Standort südlich der Havel etablieren müssen, um dort die Bedarfe abzudecken. Ferner möchte man sich dem Votum des Finanzausschusses vom Februar 2023 anschließen.

Herr Reimann stellt folgende Änderung zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem finanziellen Aufwand** die in der Mitteilungsvorlage 21/SVV/0675 erläuterte Konzeption zur Schaffung eines Familienbüros in der Landeshauptstadt Potsdam **umgesetzt werden kann**. **Dabei sollen prioritär Standorte in den Stadtteilen Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld, Waldstadt I, Waldstadt II und Schlaatz geprüft werden**. Dabei soll die ~~PHASE 1 INITIIERUNG ab dem 01.01.2024 gestartet werden~~.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Finanzmittel in den Haushaltsentwurf 2023/2024 einzustellen.~~

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 9.7 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen

Vorlage: 22/SVV/0795

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kulke **zieht** den Antrag für die Fraktion DIE aNDERE **zurück**.

zu 9.8 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss

Vorlage: 22/SVV/1218

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Entsprechend der Feststellung der Tagesordnung wird die Drucksache 22/SVV/1218 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4 – Austausch mit dem Oberbürgermeister- behandelt.

Der Diskussionsverlauf erfolgt unter Tagesordnungspunkt 4.

Der Jugendhilfeausschuss stellt fest:

Dem eigentlichen Auftrag gemäß des Beschlusses 19/SVV/0611 wird das Gutachten nicht gerecht.

Anders als darin gefordert kann das Gutachten „über die Hintergründe und die Verantwortlichkeiten bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita-Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018“ nicht bzw. nicht im erwarteten Umfang aufklären.

Dennoch lassen sich aus dem Gutachten Handlungsempfehlungen ableiten.

Hier empfiehlt der Jugendhilfeausschuss:

1. Die Komplexität der Kita-Elternbeitragsberechnung sowie unklar formulierte gesetzliche Vorgaben sind einer von mehreren Gründen, weshalb die fehlerhafte Berechnung im Beschlussverfahren nicht erkannt wurde. Mit einer generellen Beitragsfreiheit für alle Formen der Kindertagesbetreuung wären diese Herausforderungen für Verwaltung,

Kommunalpolitik, Träger und Eltern obsolet. Darauf – und auf die Fortsetzung der Kita-Rechtsreform – ist durch alle Beteiligten an den entsprechenden Stellen hinzuwirken.

2. Bei allen zukünftigen Vorlagen ist durch die Verwaltung sicherzustellen, dass die Herleitung von Kalkulationen für alle Ausschuss- und Gremienmitglieder nachvollziehbar ist. Hierzu bedarf es einer entsprechenden Aufbereitung der Vorlagen, Ergänzungen durch detaillierte Anlagen, einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf und die Möglichkeit, fachliche Fragen (öffentlich oder entsprechend protokolliert) im Vorfeld zu diskutieren.
3. Bei allen zukünftig zu erstellenden Beitragsatzung/ -ordnungen ist durch ein entsprechendes Verfahren sicherzustellen, dass die gesetzlichen Bedingungen sowie ggf. kommunal beschlossene Kriterien eingehalten werden. Haushalterische Vorgaben dürfen nur bei Einhaltung dieser gesetzlichen Vorgaben in den Erstellungsprozess einfließen. Die SVV könnte als kommunale Vorgabe den politischen Beschluss fassen, dass die Höchstbeiträge geringer ausfallen, als berechnet wurde. Das hätte Auswirkungen auf den Haushalt. Andere Möglichkeiten gibt es nicht.
4. Die Dokumentation der Erstellung von Vorlagen durch die Verwaltung muss in Zukunft sicherstellen, dass Ausschuss- und Gremienmitglieder jederzeit nachvollziehen können, wer zu welchem Zeitpunkt auf welcher Grundlage Entscheidungen getroffen hat. Hierfür ist ein geeignetes Verfahren zu entwickeln.
5. Um die Nachvollziehbarkeit von wesentlichen Verwaltungs-, Gremien- und Ausschuss-Entscheidungen sicherzustellen, sollen neben den Abstimmungsergebnissen auch der Diskussionsverlauf sowie die Positionen einzelner Mitglieder so konkret wie möglich dokumentiert werden. Hierfür ist ein geeignetes, ggf. technisches, Verfahren festzulegen.
6. Den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses vom 19. Januar 2023 ist zu folgen.

Vor der Entscheidung über die zukünftige Vergabe von kostenintensiven Gutachten sollten zuerst die Beteiligten in der Verwaltung angehört und Vorgänge aufgeklärt werden.

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 10 Sonstiges

Herr Ströber bringt den Brief im Namens des Unterausschusses und in Abstimmung mit Herrn Wollenberg, hier stellvertretend für den Ausschuss für Bildung und Sport, ein. Zudem betont er die Dringlichkeit des Anliegens.

In der sich anschließenden Diskussion verständigt man sich, diesem offenen Brief an das Bildungsministerium zu folgen, jedoch unter der Prämisse, am Schreiben ein paar redaktionelle Änderungen vorzunehmen. Ergänzungen werden im Ausschuss für Bildung und Sport am 28.03.2023 vorgenommen.

Herr Reimann stellt die Tischvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Herr Reimann weist darauf hin, dass die nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte dem Protokoll beigefügt werden.

Herr Reimann schließt um 21:15 Uhr die Sitzung.